

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version

Revisionsbedürftige Lohnpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1970) : Revisionsbedürftige Lohnpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 11, pp. 626-627

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134186>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Revisionsbedürftige Lohnpolitik

In der öffentlichen Meinung, wie sie bei uns verfaßt ist, hat die gewerkschaftliche Lohnpolitik durchweg eine schlechte Presse. Die periodischen Lohnrunden stoßen als Ruhestörer auf wenig Gegenliebe und gelten weithin als der eigentliche Preistreiber. Und wenn es gar, wie in der gegebenen gesamtwirtschaftlichen Situation aus leicht erklärlichen Gründen, zu Arbeitskonflikten kommt, scheint das Verständnis vollends auszuklinken. Aber andererseits: Fragt man, worin eigentlich der „soziale“ Charakter unserer Marktwirtschaftsordnung liegt, pflegt die Antwort, da von Preisniveausenkungen schwerlich die Rede sein kann, zu lauten, daß die Produktivitätsfortschritte zu ihrem Teil über steigende Löhne an die Masse der Wirtschaftsbürger „weitergegeben“ werden.

Beides zusammengenommen ergibt eine zwiespältige Haltung, die wenig Gutes erwarten läßt. So werden Forderungen nach einer „staatlichen“ Lohnpolitik laut. Aber politische Löhne wären der Anfang vom Ende der Marktwirtschaft. Und wo, wie in Holland, Versuche mit einer „zentralisierten Lohnpolitik“ gemacht worden sind, hat sich gezeigt, daß die zunächst stillgehaltenen Löhne nachher nur um so mehr explodieren. Auch bringen Leitlinien vom Schlage der vielberufenen „kostenniveau-neutralen Lohnpolitik“ keine Lösung. Selbst wenn sie praktisch durchsetzbar wären: In der Sache vermögen sie keineswegs Preisstabilität zu garantieren, aber dafür verabschieden sie grundsätzlich die Lohnveränderung als verteilungspolitisches Instrument. Und was die „Orientierungsdaten“ des Wirtschaftsministers in der Konzertierte Aktion betrifft, so kommt ihnen de facto allenfalls psychologische Bedeutung zu.

Denn in der Marktwirtschaft richtet sich die Höhe der Löhne, wie die anderer Preise auch, nach dem Angebots-Nachfrage-Verhältnis. Man kann schlecht Vollbeschäftigung wollen und es dann den Arbeitnehmern verdenken, wenn sie ihre Marktchancen wahrnehmen. Wir pflegen ja auch nicht von den Automobilproduzenten zu erwarten, daß sie ihre Wagen unter Preis verkaufen. Das, was man „Macht“ der Gewerkschaften nennt, gründet ökonomisch in nichts anderem als dem relativen Knappheitsgrad des Produktionsfaktors Arbeit. Und wenn die gegebene Kapitalbildung und Investition die unternehmerische Nachfrage nach Arbeit schneller zunehmen läßt als das verfügbare Angebot der Arbeitnehmer, so müssen die Löhne über alle konjunkturellen Schwankungen hinweg im Verhältnis zu den Unternehmenseinträgen steigen. So gesehen, ist bei der Lohnentwicklung sehr viel weniger „Politik“ im Spiel, als vielfach angenommen wird. Immerhin bleibt einzuräumen, daß die Verkürzungen der Arbeitszeit den Trend verstärken, den die Gewerkschaften bei ihren Mitgliedern populär zu machen verstanden.

Der wachstumsbedingten Verschiebung im Knappheitsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit läßt sich von unternehmerischer Seite begegnen, indem man arbeitssparende technische Fortschritte anwendet. Das ist die gesamtwirtschaftlich vernünftige Gegenwehr gegen eine fallende Profitrate: Die Produktivität nimmt zu, und anteilig kann auch der Lohnsatz bei konstanten Preisen steigen. Den zweiten Ausweg, nämlich durch erhöhte Mobilität das Arbeitsangebot zu strecken, verfolgen sich die unternehmerischen Branchenverbände mit ihren Forderungen nach Erhaltungssubventionen selbst. Demgegenüber tragen die Arbeitnehmer ihren Teil zur Entspannung bei, indem sie einen Import von ausländischen Arbeitskräften hinnehmen, der sich heute bereits der Zwei-Millionen-Grenze nähert. Das ist die spezifische Entwicklungshilfe der westdeutschen Lohnneinkommenbezieher. Und sie setzt sich fort, wenn der Staat den Kapitalexport in Regionen fördert, deren Lohnkostenniveau unter dem der entwickelten Volkswirtschaften liegt.

Natürlich bleibt die Gefahr, daß die Unternehmer den Lohnanstieg kurzfristig mit Preisrückzugsgefechten zu beantworten suchen. Aber die Frage ist, ob dem Wollen auch ein Können entspricht. Alles kommt hier auf die staatliche Wirtschaftspolitik an. Sie hat die Daten so zu setzen, daß der Prozeß ihre stabilitäts- und verteilungspolitischen Ziele realisiert. Dazu gehört eine Erhöhung des Wettbewerbsgrades unter den Produzenten. Dazu gehört das Gleichgewicht von Außenwirtschaft und Staatshaushalt. Und einiges kann zur Förderung der privaten Sparquote geschehen. Aber wenn das alles nicht ausreicht, muß eben die Rate der unternehmerischen Investitionsausgaben gedämpft werden. Auf jeden Fall ist es ebenso unklug wie unwirksam, den Sack der Löhne zu schlagen, wenn es in Wahrheit um den Esel der ungleichgewichtigen Wachstumsrate geht. Eine Überbeschäftigung hat mit den diversen modischen Räuschen gemeinsam, daß der Kater nicht ausbleiben kann.

Indes, vermag nicht auch die Lohnpolitik ihren Beitrag zu leisten, um die makroökonomische Steuerung der Konjunktur zu erleichtern? Hier wäre zunächst an kürzerfristige Tarifverträge zu denken, die den pro-zyklisch wirkenden Lohn-Lag des bisherigen Verfahrens abbauen. Lohnänderungen sollten nicht dem Kalender folgen, sondern sich an der wirtschaftlichen Entwicklung orientieren können. Man darf nicht einwenden, daß dann in der Rezession Tarifsenkungen erforderlich wären. Als Variable genügen vollauf die Effektivlöhne, die heute durchweg und zum größeren Teil erheblich die Tarifsätze überschreiten. Auch ist aus Gründen des Eigeninteresses der Gewerkschaften nicht zu erwarten, daß sie auf den beginnenden Aufschwung und die steigende Kapazitätsausnutzung sogleich mit Tarifierhöhungen reagieren werden – ganz davon abgesehen, daß für eine Ankerbelung der wirtschaftlichen Aktivität die Nachfrageerhöhung weit stärker durchschlägt als eine Kostenveränderung. Aber daß dann im weiteren Verlauf der Gewinnsteigerung die Lohnanhebung schneller folgt, ist bezweckt: Die unternehmerischen Ertragserwartungen werden in realistischere Bahnen gelenkt, Rationalisierungsinvestitionen sind Trumpf.

Gleichwohl, droht sich in der ausgesprochenen Hochkonjunktur die Lohn-Preis-Spirale nicht um so schneller zu drehen? Hier setzt die zweite Revision der traditionellen Lohnpolitik an: Eine aufgeklärte Gewerkschaft wird je nach der konjunkturellen Lage einen mehr oder weniger großen Teil der Lohnerhöhung als vermögenswirksame Beträge fordern. Freilich ist es dabei mit der Initiative einiger weniger Verbände nicht getan. Man muß schon auf der ganzen Linie in der gleichen Richtung vorrücken. Denn die Unternehmer einer einzelnen Branche vermögen die Lohnmehrkosten durchaus auf ihre Produktpreise weiterzuwälzen, und die Arbeitnehmer in der übrigen Wirtschaft haben als Konsumenten die Zeche zu zahlen.

Drittens können die Tarifvertragspartner ihrerseits etwas zur Steigerung der Arbeitsmobilität tun. Vor allem dadurch, daß die betrieblichen Sozialleistungen fungibel gemacht werden. Aber auch die „Rationalisierungsschutzabkommen“, die in einigen Branchen begonnen wurden, sollten Schule machen. Allerdings wäre der Schönheitsfehler zu vermeiden, daß die Leistungen unmittelbar das einzelne Unternehmen belasten: Das kann die Einführung an sich gebotener technischer Fortschritte hemmen. Zweckmäßig ist eine überbetriebliche Regelung über sektorale Ausgleichskassen, wie wir sie von der Unfallversicherung her kennen.

Wohlgermerkt, mit diesen Revisionen wird die marktorientierte Lohnpolitik weder durch „moralisches“ Verhalten substituiert noch zum bequemen Prügelknaben für ein Versagen der Wirtschaftspolitik gemacht. Gerade weil sie in gleicher Weise dem Stabilitäts- und Verteilungsziel dienen, liegen sie durchaus im Arbeitnehmerinteresse.

Und wenn wir noch einmal auf den längerfristigen Aspekt zurückblenden, so möchte man darauf bauen, daß unserer gewerkschaftlichen Lohnpolitik die unlieb-samen amerikanischen Erfahrungen vor Augen stehen: eine maßlose forcierte Anwendung arbeitsparender Techniken kombiniert mit Betriebslohntarifen kann zu jenem Syndrom aus technologischer Arbeitslosigkeit, Preissteigerung und Kapitalabfluß führen, dem gegenüber dann auch die staatliche Wirtschaftspolitik so leicht keinen Ausweg mehr findet.

Bruno Molitor